

## **Dauerthema Frauenquote in Aufsichtsräten der Dax-Unternehmen:**



### **Karrieregeilheit einiger „Spitzen“frauen oder gesellschaftliche Notwendigkeit?**

Seit vielen, vielen Monaten taucht immer und immer wieder die Forderung nach einer Frauenquote bei den Aufsichtsratsposten der deutschen Dax-Unternehmen auf. Politikerinnen wie von der Leyen, Kraft, Künast bis ..... feuern die Diskussion immer wieder neu an. Einen Lobbyverein „Frauen in die Aufsichtsräte“ gibt es längst uswuf..

Die Dax-Unternehmen wollen aber keine Quote, auch keine „Flexi“, wie die blasse CDU-Familienministerin Schröder es als Scheinkompromiss aufbrachte. Einige wenige profilierte Frauen wagten es, der Quotenforderung für die wenigen top-Aufsichtsräte der Dax-Unternehmen sogar zu widersprechen, weil sie sich als Frauen dadurch in ihren fachlichen Qualitäten herabgewürdigt sahen.

Hunderte von großen Zeitungsartikeln, Interviews und talksshows am Fließband mit fast immer den gleichen Gesichtern, aber stets den gleichen inzwischen stereotypen Argumenten vermitteln den Eindruck, als wäre genau diese Frage ein ganz zentrales Problem unserer Gesellschaft. Wie gesagt, es geht nicht um die Frage, ob Frauen der Zugang zu Aufsichtsräten grundsätzlich verwehrt oder wie im Iran oder Saudi Arabien gar gesetzlich untersagt ist. Es gibt schließlich genügend Gegenbeispiele. Dennoch nun mit dem Vorstoss im Bundesrat erneut die große Diskussion auf allen Kanälen und in allen Medien. Selbst die gewalttätigen Reaktionen auf das hundsmiserable anti-Islam-Video oder die Eurokrise rückten dafür erst einmal in den Hintergrund.

**Mitunter aber muss man/frau sich fragen, was genau diese Quote wirklich soll, da sie derart hartnäckig gepuscht wird. 99,9% der Frauen in Deutschland werden für diese wenigen hochgradig lukrativen Nebenjobs ohnehin nie in Frage kommen. Man könnte sogar auf den Gedanken kommen, dass Ministerinnen oder Ehefrauen bzw. Lebensgefährtinnen von hochrangigen Männern bzw. Frauen einen garantierten Platz in den allererlauchtesten Kreisen der Republik haben wollen, etwa wenn sie nicht wiedergewählt wurden („Modell Clement“ u.a.).**

„Deutschland werde mit gemischtgeschlechtlichen Aufsichtsräten erfolgreicher sein“ behauptet die Mülheimer NRW-Ministerin Steffens laut WAZ im Bundesrat am 21.9.12. Was auch immer sie unter Deutschland versteht, man/frau kann ihre Aussage durchaus bezweifeln.

Die Mülheimer OB Dagmar Mühlenfeld sitzt z.B. seit Jahren im RWE-Aufsichtsrat (bis zu 200.00 € Tantiemen p.a. für 4 Sitzungen!), ohne dass auch nur im entferntesten erkennbar wäre, dass sie versucht hat, diesen Dax-Konzern nicht in die große Erfolglosigkeit gelangen zu lassen, in die schwere unternehmerische Fehler ihn führten. Im Gegenteil: Auch die weibliche Aufsichtsrätin Mühlenfeld hat alles nur Erdenkliche getan, um „ihre“ Stadt immer weiter in die größtmögliche RWE-Abhängigkeit zu steuern, eine verheerende Entwicklung (Festhalten an abstürzenden RWE-Aktien, vorzeitige Verlängerung Stromkonzession, Wasserflastrate, Gasgesellschaft, Abwasserbetreiber, Laternenoptimierung uswuf., alles fest in RWE-Hand). Es gibt genügend andere Beispiele alleine aus Mülheim, wo Spitzendamen in Spitzenpositionen der Allgemeinheit Schaden zufügten, wie das männliche Spitzen-Kollegen eben auch des öfteren tun. Hier nur 3 Mülheimer Beispiele:

**Die heutige Bundesstaatssekretärin Flach (FDP), die als MdB und Vorsitzende des Berliner Ausschusses für Wissenschaft&Forschung über Jahre weiter Gehalt von Siemens für Nichtstun kassierte, Planungsdezernentin Sander (Grüne) hat nach 16 Jahren Mülheim als städtebauliches Chaos hinterlassen und Frau Dr. Jasper hat als Dauerberaterin und OB-Geliebte an Mülheim den Totalausverkauf der Stadt ausprobiert, womit sie dann u.a. bei der Elbphilharmonie, dem Klinikum Gießen, den Duisburger Bauskandalen u.v.v.m. auf enorme „Kompetenz“ zurückgreifen konnte.**

Frau Steffens begründete das „erfolgreichere“ Deutschland bei quotiert gemischtgeschlechtlichen Aufsichtsräten so „**Denn es werde die Sichtweise von Männern und Frauen eingebracht.**“ **Ganz so, als wären die ethisch unterschiedlichen Sichtweisen per Geschlecht gegeben.** Doch das Geschlecht schützt nun mal genausowenig vor grenzenloser Gier wie etwa im Bankensektor ( man erinnere sich u.a. an die Londonerin Frau Saunders als 1. Totengräberin der WestLB), noch vor Inkompetenz oder vor hemmungsloser Verschwendung öffentlicher oder Konzernfinanzen.

Mal ganz abgesehen davon, dass Aufsichtsräte oder in wenigen Fällen auch –rätinnen in den vergangenen Jahren meist deshalb gravierende Fehlentscheidungen u.ä. der Konzerne auch deshalb nicht verhindern konnten, weil sie den Managern oder Geschäftsführern schon per Gesetz hoffnungslos hinterher laufen müssen. Fast immer erst wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist – ob u.a. bei Mannesmann, WestLB, Karstadt, Siemens usw. – wird der AR tätig und wechselt zumeist die Chefs aus, zu teils unverschämten Abfindungsbedingen.

**Dieses ganze System, das so anfällig ist für grobe Fehlentscheidungen, Selbstbedienung, Bilanzfälschungen und Korruption, wird nicht dadurch weniger anfällig, wenn mehr Frauen oder selbst wenn nur Frauen die Aufsichtsräte besetzen, sondern nur, wenn nicht zuletzt auch die Gesetze für persönliche Haftung endlich klarer gefasst und deutlich verschärft werden** (man/frau bedenke u.a. das Gehampel um Schadensersatz von den Karstadt-Ruinatoren Midelhoff, Deuss u.a. oder damals bei Esser/Mannesmann oder Siemens oder die Bankenchefs von WestLB, Commerzbank oder, oder, oder ..).

Die Haftungsfrage müsste übrigens analog auch für Gesellschaften der öffentlichen Hand wie GmbHs geändert werden, ob nun zu 100% staatlich bzw. kommunal oder gemischtwirtschaftlich mit privaten Firmen.

Oder glaubt jemand z.B. ernsthaft, das Debakel bei Thyssen-Krupp mit seinen Milliardengräbern in Brasilien und USA wäre verhindert worden, wenn Frau Schröder-Köpf, Frau Wulff, Frau Künast oder Frau Scheel (Grüne) quotiert im AR platziert gewesen wären? (Übrigens: Wenn Frau Kladden (heute u.a. AR BMW) das will, sitzt sie bestimmt morgen bereits in jedem AR ihrer Wahl, wetten!)

Im politischem Blickfeld stand im Bundesrat am 21. September hauptsächlich der Vorstoß der SPD-geführten Länder Hamburg und Brandenburg zur Einführung einer festen **Frauenquote in den Aufsichts- und Verwaltungsräten von Dax-Unternehmen**. Dafür gab es Unterstützung aus dem



Lager der unionsgeführten Länder.

Die von CDU-Ministerpräsidenten regierten Länder Saarland und Sachsen-Anhalt hatten am Donnerstag davor überraschend signalisiert, den SPD-Vorstoß zu unterstützen. Damit war eine Mehrheit in der Länderkammer gesichert. Der Beschluss sieht vor, Aufsichtsratsposten börsennotierter Unternehmen künftig zu mindestens 40 Prozent mit Frauen zu besetzen.

Im folgenden Zitate aus derWesten.de vom 21.9.:

„Die Hamburger Justizsenatorin Jana Schiedek (SPD) sagte im Bundesrat: **„Wir brauchen eine Geschlechterquote für Aufsichtsräte“ - so lange, bis sie überflüssig ist.**“ Die Justizministerin aus Sachsen-Anhalt, Angela Kolb (SPD), sagte, die Quote könne zu einem Erfolgsmodell für die deutsche Wirtschaft werden. Die Emanzipationsministerin von Nordrhein-Westfalen, die Mülheimerin Barbara Steffens (Grüne), sagte in der Debatte: **„Wir werden zustimmen, damit wir uns gemeinsam auf den Weg machen können.**“ Deutschland werde mit gemischtgeschlechtlichen Aufsichtsräten erfolgreicher sein, wie Studien belegten. Denn es werde die Sichtweise von Männern und Frauen eingebracht. Die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) sagte: **„Ich bin froh, wenn sich diese Quote irgendwann einmal erübrigt - aber ich sehe das noch nicht.**“ (dapd/afp)

Der Gesetzentwurf, den der Bundesrat mehrheitlich beschloss, wird jetzt in den Bundestag eingebracht. Dass daraus ein Gesetz wird, gilt bisher (noch) als unwahrscheinlich.

„Die Frontlinien verlaufen quer durch die Parteien: Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberg (FDP) und CSU-Chef Horst Seehofer haben dem Vorhaben eine klare Absage erteilt. Innerhalb der Union wird eine feste Quote etwa von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) befürwortet. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (ebenfalls CDU) setzt hingegen auf eine sogenannte Flexiquote, bei der Unternehmen ihre eigene Quote festlegen und diese dann erfüllen müssen. SPD, Grüne und Linke dagegen wollen die Frauenquote für Vorstände und Aufsichtsräte in Top-Unternehmen. Teile der CDU sind zwar auch dafür. Doch es gilt die Koalitionsräson, wenn FDP und CSU bei ihrem Nein bleiben.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) begründete am Freitag die Entscheidung seiner Regierung, sich auf die Seite der Quoten-Befürworter zu schlagen. "Die Selbstverpflichtung hat bisher nicht gegriffen, und deswegen denke ich, ist Politik jetzt dran", sagte er im Deutschlandfunk. Die FDP betonte am Freitag hingegen erneut ihren Widerstand gegen eine feste Quote für Unternehmen. "Die FDP ist bekanntermaßen gegen eine Frauenquote per Gesetz", sagte Generalsekretär Patrick Döring der "Passauer Neuen Presse" – soweit aus Spiegel-online

## Was können wir alle uns glücklich schätzen, dass es in Deutschland kein wichtigeren Probleme gibt, oder?



Das rechte Bild ist einfach besser anzuschauen, oder?



Wann geht es endlich um Quotierung an den wichtigen Stellen des Alltags, nämlich die flächendeckende Einführung der Ampelfrauen?